

Interview mit Klaus Bühler in Luxemburger Wort (26. Januar 2000)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 26.01.2000. Luxembourg: Imprimerie Saint Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_klaus_buhler_in_luxemburger_wort_26_januar_2000-de-03d060ae-b91e-44c1-a9f1-ea780049dae4.html

Publication date: 20/09/2012

Transatlantisches Band und europäische Sicherheitsidentität sind komplementär

Interview mit Klaus Bühler, Präsident der Parlamentarischen

Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)

GeWe. – Klaus Bühler, der als vom Deutschen Bundestag delegierter Abgeordneter (CDU) seit fünf Jahren in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU mitarbeitet, wurde Ende November, noch unter luxemburgischer WEU-Präsidentschaft, in Paris zum Präsidenten der Parlamentarier aus 28 Länder umfassenden Versammlung der Westeuropäischen Union gewählt. Wir befragten ihn zu den Aufgaben der WEU und der Zukunft der Versammlung.

LW: Mit der geplanten Eingliederung der WEU in die EU ist das weitere Bestehen der Parlamentarischen Versammlung in Frage gestellt. Wird es in drei Jahren noch einen Nachfolger von Klaus Bühler in dem Amt geben?

Klaus Bühler: Bevor Sie über meinen Nachfolger nachdenken, sollten Sie mir zuerst die Gelegenheit geben, mein neues Amt als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 1. Januar 2000 anzutreten. Wo wir in drei Jahren mit den neuen sicherheitspolitischen Strukturen Europas genau stehen werden, vermag ich heute nicht zu sagen. Wer hätte es vor drei Jahren für möglich gehalten, dass wir heute über EU-geführte Friedensoperationen sprechen? Aber ich bin davon überzeugt, dass es auch in drei Jahren eine parlamentarische Mitsprache an der europäischen Sicherheitspolitik geben muss und geben wird. Vieles wird davon abhängen, welche neuen Strukturen es geben wird. An ihnen muss sich auch die parlamentarische Mitwirkung orientieren. Vertragsrechtlich ist die WEU-Versammlung jedenfalls ein Organ des modifizierten Brüsseler Vertrages von 1954 und in ihrem Schicksal nicht zuletzt an das des Vertrages gebunden.

LW: Nach den Plänen der EU soll die gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik an den Petersberger Aufgaben ausgerichtet werden. Was würde das in der Praxis bedeuten?

Für komplexe Situationen wie im Kosovo

sind Nato-Mittel unabdingbar

Klaus Bühler: In der Praxis bedeutet dies, dass sich die EU-Sicherheitspolitik auf das Gebiet der konfliktverhindernden – also präventiven – sowie friedenserhaltenden und friedenserzwingenden Aufgaben erstrecken wird. Diese so genannten Petersberger Aufgaben, so benannt nach dem Ministertreffen der WEU auf dem Petersberg im Jahr 1992, umfassen das gesamte Spektrum von Krisenmanagement-Operationen. Davon ausgenommen sind Konfliktfälle, die eine kollektive militärische Beistandsverpflichtung nach Artikel V des modifizierten Brüsseler Vertrages implizieren. Realistisch zu erwarten ist, dass sich die EU bei rein europäischen Operationen auf weniger schwierige Krisensituationen konzentriert, während für komplexe Situationen wie im Kosovo auch weiterhin Nato-Mittel unabdingbar sein werden.

LW: Nach allen Analysen, und der Kosovo-Krieg hat dies nur zu deutlich bestätigt, sind die Europäer bislang technisch und logistisch gar nicht in der Lage, diese Aufgaben zu übernehmen. Wo sehen sie die Defizite und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Defizite bei strategischer Aufklärung und beim Lufttransport

Klaus Bühler: Die wesentlichen Defizite liegen vor allem im Bereich der strategischen Aufklärung und des Lufttransportes über größere Entfernungen. Die mangelnden Kapazitäten beim Lufttransport von Truppen und militärischem Gerät sind nur durch ein von den Europäern gemeinsam zu beschaffendes Langstrecken-transportflugzeug zu beheben. Hier ist eine schnelle Einigung unter den Regierungen erforderlich. Zur Verbesserung der Fähigkeiten bei der strategischen Aufklärung müssen die Europäer die Entwicklung neuer eigener Satelliten in Angriff nehmen. Darüber hinaus gibt es zum Teil erheblichen Ausbaubedarf bei den militärischen Führungsfähigkeiten und der Truppenverfügbarkeit. Die Konsequenz aus diesen Defiziten liegt in einer zügigen Aufstockung und Restrukturierung der nationalen Verteidigungsausgaben.

LW: Und was wird aus dem ursprünglich zweiten Aufgabenbereich der WEU, der europäischen

Verteidigungspolitik? Soll sie künftig allein in den Händen der Nato liegen?

Neue Dynamik bei den neutralen Staaten nicht ausschließen

Klaus Bühler: Zuerst einmal ist die europäische Verteidigungspolitik bereits Bestandteil des EU-Vertrages. Nach dem Amsterdamer Vertrag umfasst die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Ich erachte dies als ein wichtiges Element des so genannten „acquis“ der Europäischen Union. Davon, dass sie allein in den Händen der Nato liege, kann also keine Rede sein. Eine wesentliche Rolle bei der weiteren Festlegung auf eine gemeinsame Verteidigung wird jedoch die Frage spielen, ob sich wirklich alle EU-Mitgliedstaaten zu einem gleich großen Engagement bereit finden. Danach sieht es zwar zurzeit nicht aus, für die Zukunft sollte man jedoch eine neue Dynamik bei den neutralen EU-Mitgliedern und auch bei Dänemark nicht ausschließen.

LW: In den Beschlüssen des Kölner EU-Gipfels ist noch wenig zur Zukunft von Artikel V des Brüsseler Vertrages, der gegenseitigen Beistandspflicht gesagt worden. Wird er, um die Mitarbeit der neutralen Länder in der EU zu gewinnen, weggelassen?

Klaus Bühler: Der modifizierte Brüsseler Vertrag bleibt mit Sicherheit bestehen und damit auch der Artikel V des Vertrages. Ich gehe davon aus, dass die zehn Vollmitglieder der WEU auch weiterhin die Beistandspflicht als wichtige Errungenschaft pflegen werden. Was diejenigen EU-Staaten angeht, die dieser besonderen Bündnisverpflichtung reserviert bis ablehnend gegenüberstehen, wird es unsere Aufgabe sein, sie von der Notwendigkeit dieser Verpflichtung zu überzeugen. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbindlich festgelegt werden.

LW: Bedeutet das alles, vorausgesetzt die Pläne werden erfolgreich umgesetzt, nicht eine Zurückdrängung der USA?

Klaus Bühler: Wenn ich an die Krisen der letzten Jahre auf dem

westlichen Balkan und vor allem in Bosnien und im Kosovo denke, muss ich mit Bedauern feststellen, dass Europa eine zu schwache Rolle bei der Bewältigung dieser Krisen übernommen hat. Ich will damit nicht die hohe Bedeutung des amerikanischen Beitrags auf dem Balkan kritisieren. Die Präsenz der Amerikaner bleibt auch weiterhin unverzichtbar. Aber ein „Mehr“ an Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik ist in Zukunft unbedingt erforderlich. Das transatlantische Band und die europäische Sicherheitsidentität sind komplementär und nicht in Konkurrenz zueinander. Diese Komplementarität mit einem stärkeren europäischen Beitrag zu festigen und zu vertiefen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es geht ganz einfach darum, dass wir Europäer die sicherheitspolitischen Probleme, die sozusagen vor unserer Haustür liegen, auch stärker eigenverantwortlich lösen müssen. Das entspricht im Übrigen auch der Position und den Interessen der USA.

LW: Kommen wir noch einmal zur Frage der politisch-parlamentarischen Kontrolle. Könnte das Europäische Parlament, das ja über größere Rechte als die Parlamentarische Versammlung verfügt, diese Funktion sinnvoll übernehmen?

Europaparlament kann Kontrollfunktion nicht allein ausüben

Klaus Bühler: Bei allem Respekt vor der wichtigen Rolle des Europäischen Parlaments ist es einfach nicht denkbar, dass das Europaparlament eine solche Funktion alleine übernehmen könnte. Schließlich sprechen wir hier von einem Bereich, in dem die nationale Souveränität und die Entscheidungsgewalt der nationalen Parlamente auch in Zukunft mit gutem Grund bestehen bleiben werden. Im Übrigen ist auch die gegenwärtige Mitsprachekompetenz des Europäischen Parlaments im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beschränkt und müsste im Rahmen einer Vertragsrevision geändert werden. Es liegt daher nahe, für die demokratische Komponente der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in der EU eine zweite parlamentarische Kammer zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Integration der Aufgaben der WEU in die EU halte ich viel von dem Gedanken, die WEU-Versammlung sozusagen zur Keimzelle einer solchen zweiten parlamentarischen Kammer zu machen. Damit wäre die Beteiligung der nationalen Parlamente auch im Rahmen der Union gewährleistet.

LW: Welche Lösung könnte für die weitere An- oder Einbindung der assoziierten Mitglieder und

die assoziierten Partnerländer gefunden werden?

Klaus Bühler: Dies wird eine der wichtigsten, aber auch eine der schwierigsten Aufgaben werden. Das betrifft zum einen die Mitwirkung der sechs europäischen Nato-Staaten, die nicht der EU angehören, in der WEU jedoch den Status von assoziierten Mitgliedern haben. Zum anderen fühle ich gerade als Deutscher eine besondere Verpflichtung, die mittel- und osteuropäischen Länder verstärkt an die europäischen Strukturen heranzuführen. Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der WEU hervorheben, die Parlamentarier aus 28 europäischen Ländern umfasst. Dieser „inklusive“ Ansatz der WEU-Versammlung wie auch des Rates der WEU trägt nicht zuletzt zu einer sehr starken europäischen Bewusstseinsbildung bei, was vor allem für diejenigen Länder von hohem Interesse ist, die in den anderen europäischen Organisationen im Augenblick noch nicht vertreten sind. Ich bin überzeugt, dass dieser Ansatz in der nächsten Zeit auch in der Europäischen Union stärkere Berücksichtigung finden wird.

(Das Interview entstand in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung „Das Parlament“.)